

Bensheimer Gespräche: Financiers und Staatsfinanzen (Teil 2)

Veranstalter: Institut für Personengeschichte (Bensheim); Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V. (Köln)

Datum, Ort: 09.04.2015–11.04.2015, Bensheim-Auerbach

Bericht von: Marian Bertz / Mario H. Müller / Martin Munke, Institut für Europäische Geschichte, Technische Universität Chemnitz

Vom 9. bis 11. April 2015 fand im historischen Küchenbau des ehemaligen Fürstenlagers Auerbach der zweite Teil der Tagung „Financiers und Staatsfinanzen“ statt¹, die vom Institut für Personengeschichte Bensheim in Verbindung mit der Ranke-Gesellschaft organisiert und durchgeführt wurde. Der Leiter des Instituts, Volkhardt Huth, bedankte sich in seinen einführenden Worten für die logistische Unterstützung der Stadt Bensheim sowie des Landes Hessen. Der Schwerpunkt der diesjährigen Veranstaltung lag auf dem Wirtschafts- und Finanzwesen des 19. bis 21. Jahrhunderts, während der erste Teil dem Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit gewidmet war. Neben wirtschafts- und sozialhistorischen Aspekten wurde besonders die personelle Komponente stark gewichtet.

Inhaltlich eröffnete die Tagung RAINER LIEDTKE (Regensburg) mit einem personenspezifischen Abriss des Bankiers Nathan Rothschild. Dabei skizzierte er dessen Lebensweg und Werdegang zum einflussreichen Bankier in England. Durch die Gründung des Bankenhauses „N M Rothschild & Sons“ und die von ihm zur Zeit des Konfliktes mit dem napoleonischen Frankreich durchgeführte britische Militärfinanzierung auf dem europäischen Kontinent legte er den Grundstein für den Aufstieg der Rothschilds zur bedeutendsten europäischen Bankiersfamilie. Den Mythos, dass Nathan Rothschild durch frühe Kenntnis vom britischen Sieg bei Waterloo zu dem Entschluss kam, britische Staatsanleihen zu kaufen und so zu einem der reichsten Männer der Welt geworden sei, widerlegte Liedtke, indem er nachwies, dass diese Kapitalanlage reine Spekulation gewesen war und eben nicht auf einem Wissensvorsprung beruhte.

MATTHIAS DONATH (Görlitz), der seinen Vortragstitel „Soll und Haben“ an das berühmte Werk des deutschen Schriftstellers Gustav Freytag anlehnte, zeigte anhand des Fallbeispiels der sächsischen Adelsfamilie Zech-Burkersroda drei Möglichkeiten der Entschuldung im 19. Jahrhundert auf. Dabei kam er zunächst auf Bernhard Ludwig Klaus von Zech zu sprechen, welcher den Versuch unternahm, sich seiner Schulden durch Flucht zu entziehen. Eine zweite Variante war der Verkauf von Besitztümern, eine weitere das Übertragen des Vermögens auf „Dritte“ durch Adoption, exemplifiziert an Louise Christiane Dorothea von Zech, die Johann Christian August von Burkersroda 1815 als ihren Sohn angenommen hatte. Besondere Beachtung schenkte Donath darüber hinaus Julius Graf von Zech-Burkersroda, der sein Vermögen durch Investitionen im Ausland und in moderne aufstrebende Industrien vervielfachte.

HEINRICH LANG (Bamberg) zeigte in seinem Vortrag traditionelle Finanzierungsmodelle über diplomatische Beziehungen zu Bankiers – am Beispiel Jean Gabriel Eynard – sowie neue Formen der Anleihefinanzierung durch die Emission von Anlagenpapieren auf. Besonders stellte er die Beziehungen zwischen dem Königreich Bayern und dem 1832 neu gegründeten Königreich Griechenland heraus – personifiziert im ersten griechischen König Otto I. (Prinz Otto von Bayern) sowie dem bayerischen Juristen Joseph von Armanzperg (bayrischer Innen-, Außen- und Finanzminister), der zeitweise unter Otto I. griechischer Staatskanzler war. Beide Akteure betrieben eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die in starker Abhängigkeit von Großbritannien stand, wo die Rothschildbank zeitweise als Hauptgläubiger der griechischen Staatsschulden firmierte. Dabei verwies Herr Lang besonders auf die Fiskalreform Armanzpergs, die zu einer Stabilisierung der Wirtschaft Griechenlands beitragen sollte.

Die griechische Neuverschuldung zwischen 1878 und 1889 war der Schwerpunkt

¹Zum ersten Teil der Tagung vgl. den Bericht von Lupold von Lehsten, in: Mitteilungen des Instituts für Personengeschichte 17 (2014), Nr. 1/Juli 2014, S. 8-16, URL: < http://www.personengeschichte.de/fileadmin/user_upload/pdfs/Mitteilungen_2014-1_red.pdf > (20.05.2015).

des Referates von KORINNA SCHÖNHÄRL (Duisburg-Essen). Mit den Gebietsgewinnen im Zuge des Berliner Kongresses und des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs wurde auf ein Nachholen der Modernisierung und Industrialisierung Griechenlands spekuliert. Jedoch kam es durch eine eintretende Inflation zum Einbruch des Exporthandels. Für einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung mussten zweckgebundene Schulden aufgenommen werden, wobei sich Frau Schönhärl hier im Besonderen mit dem dänischen Bankhaus Hambro auseinandersetzte. Dabei zeigte sie auf, dass es diesem Bankhaus nicht primär um das Erwirtschaften von Profit ging, sondern um politischen Einfluss, den Erhalt der Marktführerschaft und um das Erlangen von Renomé.

Der Vortrag von HANS-HEINRICH NOLTE (Hannover) bot Schlaglichter der russischen Wirtschaftsgeschichte an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Spannende Einblicke in die Wandlungsprozesse der Zeit liefern unter anderem Unternehmer- und Bankierskorrespondenzen, wie sie von Adolf Rothstein und Hermann Spitzer erhalten sind, die beide für die Internationale Handelsbank in St. Petersburg tätig waren. Sie stehen als Beispiel für den Typus eines „Dienstleistungsnomaden“, also international tätige, weit vernetzte Experten mit umfassenden Sprachkenntnissen, die mit ihren Netzwerken als Mittler zwischen Staat und Wirtschaft dienten. Hauptziel ihrer Tätigkeit war die Sammlung exogenen Kapitals zur Investition im Russischen Reich, wo solche Mittel im Rahmen der nachgeholten Industrialisierung oft nur in geringem Maße zur Verfügung standen.

Einen instruktiven Vortrag über den bedeutenden Paradigmenwechsel bei der Interpretation öffentlicher Verschuldung hielt GEORG ECKERT (Wuppertal). Hätten Schulden lange Zeit als unmoralisch und zu vermeiden gegolten, würden sie nun im Sinn des Konzepts des immerwährenden Fortschritts als ökonomisches Kalkül wahrgenommen, in dem moralische Kategorien keine Rolle mehr spielten. Bisweilen führe eine solche Politik gar zur Ansicht, je mehr sich ein Staat verschulde, desto gesünder seien er und seine Wirtschaft. In Deutschland ist vor allem seit den 1960er-

Jahren eine Hinwendung zu diesem Diktum zu verzeichnen, die zunehmende Unterordnung der Fiskal- unter die Geldpolitik und die Bedeutung, die diesem Thema im Wahlkampf 1969 zukam, verdeutlichen dies. Dabei handelt es sich bei öffentlicher Verschuldung um kein neues Phänomen. Bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen die Kommunen in Deutschland in großem Maß Kredite auf, zumal zeitgenössische Ökonomen die Ansicht vertraten, wonach Anleihen hohen Steuern vorzuziehen seien. Konsum und Verschuldung, so eine Kernaussage Eckerts, habe man mithin – in jüngerer Zeit auch versinnbildlicht durch die Kreditkarte – unauflöslich in Verbindung gebracht.

Mit dem Bankhaus Gebr. Bethmann stellte VERENA VON WICZLINSKI (Mainz) einen – im Gegensatz zu den von Rainer Liedtke eingangs thematisierten Rothschilds – kleineren Akteur im internationalen Finanzgeschäft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vor. Die Bethmanns hätten zwar zu Beginn in erheblichem Maße zur Herausbildung Frankfurts als bedeutendem Finanzplatz beigetragen, im Verlauf des 19. Jahrhunderts jedoch zunehmend erkennen müssen, dass die Rothschilds den internationalen Anleihenmarkt nahezu vollständig dominierten und ihnen auch durch andere große Banken eine wachsende Konkurrenz entstünde. Aufgrund dessen verfolgte das Bankhaus unter den Stichworten Spezialisierung, Netzwerk und Mobilität eine kluge und erfolgreiche Geschäftspolitik im Windschatten der großen Häuser. Im Verbund internationaler Bankenkonsortien konnten die Bethmanns so weltweit aktiv sein. Am Beispiel der Bethmannschen Aktivitäten im Osmanischen Reich, das um die Jahrhundertwende ein umkämpfter Investitionsplatz des internationalen Bankwesens war, untermauerte die Referentin abschließend ihre Ergebnisse eindrucksvoll.

Der Zwischenkriegszeit war der Vortrag von LAURA HERR (Heidelberg) gewidmet, die die Tätigkeit des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes skizzierte. Dieser war unter anderem mit dem Ziel gegründet worden, öffentlich gegen den schlechten Ruf der Branche zu kämpfen. Besonders in den Krisenmomenten der Weimarer Republik kam ihm rasch eine politikbera-

tende Funktion zu, etwa durch die Erstellung von Gutachten zur Inflationsentwicklung. Im Verband selbst umstrittene Positionen wurden dabei weitgehend den politischen Vorgaben untergeordnet. Im „Ruhrkampf“ war der Verband auch ganz praktisch aktiv, etwa durch die Vergabe günstiger Lohnkredite. Trotz ihres Selbstbildes als patriotische Gruppe sah sich der Verband aber weiterhin einer starken öffentlichen Kritik an seinem angeblich antinationalen Handeln ausgesetzt, was auch zunehmend mit antisemitischen Tendenzen einherging. So wurden besonders jüdische Bankiers als Hauptschuldige an der wirtschaftlichen Krise diffamiert.

Die praktischen Auswirkungen solcher Ressentiments skizzierte JÜRGEN KILIAN (Köln) in seinem Beitrag zur Rolle des Reichsfinanzministeriums in der Besatzungspolitik des NS-Regimes. In Konkurrenz zu SS und SD war das Ministerium teilweise auch für die materielle Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung zuständig. Seine Hauptaufgabe lag jedoch in der Organisation der effektiven Ausnutzung der Volkswirtschaften der besetzten Länder. So sollten ein Anteil an der Kriegsfinanzierung des Deutschen Reiches sichergestellt und die Besatzungskosten aus dem jeweiligen Land heraus selbst aufgebracht werden. Dabei kam es kaum zu direkten finanziellen Transfers ins Reich. Stattdessen wurden hauptsächlich Ressourcen und Materialien aus den besetzten Gebieten verbracht. Völkerrechtswidrig kam es häufig zu Ausgaben für „Nichtbesatzungskosten“ zur Führung des Krieges. Insgesamt wurden etwa 25 Prozent der deutschen Kriegskosten aus den Besatzungswirtschaften generiert, was zu einer dauerhaften Überforderung dieser Wirtschaften führte.

Der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns nach Kriegsende 1945 widmete sich DIRK GÖTSCHMANN (Würzburg). Zunächst verwies er darauf, dass in Bayern zwar große kriegsbedingte Schäden im Bereich der Infrastruktur zu beklagen waren, der industrielle Sektor jedoch nur geringe Zerstörung aufzuweisen hatte, da dieser dezentral ausgelagert worden war. Er sprach von einer „schnellen Staatsgründung“ 1946 auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, in der die wirtschaftlichen Leitprin-

zipien verankert waren (Artikel 151: „[...] die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“). Das Ziel, die Marktwirtschaft in einen sozialen Rahmen einzuspannen, war jedoch bereits 1947 wieder verworfen worden. Fortan wurde die „Industrialisierung des ländlichen Raumes“ vorangetrieben, bis dieses Konzept durch das Bestreben der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes – ohne Rücksicht auf soziale Schranken – in der wirtschaftlichen Krise der 1960er-Jahre abgelöst wurde.

Das Verhältnis der Sparkassen und des Staates bemühte sich GÜNTHER SCHULZ (Bonn) als schwierig darzustellen. Sparkassen existierten in Deutschland seit dem späten 18. Jahrhundert. Sie seien für den Bedarf des „kleinen Mannes“ gegründet worden, hätten in bedeutendem Maß allerdings immer auch den wirtschaftlichen Mittelstand finanziert. Vom Staat sei den Sparkassen der Kommunalkredit als Aufgabe zugewiesen worden, als eigentliche Staatsfinanciers müsse man jedoch die Landesbanken ansehen. Anfang des 20. Jahrhunderts passten die Sparkassen sich durch Reformen und eine Verknüpfung untereinander den gewandelten Bedingungen im Finanzgeschäft an. Als herausragenden Akteur in dieser Zeit charakterisierte der Referent Johann Christian Eberle, der im sächsischen Sparkassenwesen mit der Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs die Weichen für die Zukunft stellte. Heute leiden die Sparkassen dagegen unter einer Identitätskrise und einem Konkurrenzdruck, dem sie mit einem massiven Konzentrationsprozess entgegenzuwirken versuchen.

Abschließend lenkte DORIS FISCHER (Würzburg) in ihrem Vortrag den Blick auf die unmittelbare Gegenwart und mit China auf ein außereuropäisches Land. 2008 geriet auch der Ferne Osten in den Sog der globalen Finanzkrise, die Wachstumsszahlen Chinas sanken unter die Zielmarke von 7,5 Prozent, Probleme auf dem Arbeitsmarkt traten hinzu. Die Führung des Landes reagierte darauf mit einem neuen Wachstumsmodell, das den Reformstau der letzten zehn Jahren aufheben, aber auch die Macht der KP wieder stärken sollte. Es sei in vielen Bereichen durch Liberalisierung, in anderen dagegen durch stärkere Kontrolle gekennzeichnet, und

führe damit zu bedeutenden Zielkonflikten. Stabilität und Entwicklung sowie Kontrolle und Subsidiarität stünden sich gegenüber und verlangten nach Entscheidungen der Staatsführung. Noch völlig offen seien die Fragen nach dem jeweiligen Ausmaß von Wachstums- und Ordnungspolitik, nach der Deutung der Antikorruptionskampagne als Rechtsstaats- oder Säuberungspolitik sowie nach Möglichkeiten, das Subsidiaritätsprinzip in den autoritären Einparteiensstaat zu integrieren. Eine Prognose, wo China in zehn, 20 oder 30 Jahren stehe, sei nicht möglich, so die Referentin.

Die Tagung spannte einen Bogen vom 19. bis ins 21. Jahrhundert. Anhand vielfältiger Einzelthemen wurde auf eindruckliche Weise die Verflechtung privater Financiers und öffentlicher Haushalte, der einzelnen Volkswirtschaften untereinander oder, generell, von Politik und Wirtschaft aufgezeigt. Es zeigten sich hierbei oft Parallelen und Kontinuitätslinien, so vor allem am Beispiel Griechenlands, das Thema mehrerer Referate war – wobei zu Recht vor vorschnellen Gleichsetzungen gewarnt wurde. Das Auftreten neuer Akteure wie der Rothschilds und Bethmanns im späten 18. Jahrhundert oder Chinas im späten 20. bzw. frühen 21. Jahrhundert und ihr jeweiliger Aufstieg verdeutlichen dagegen immer wieder, welch enorme Dynamik dem Finanzmarkt innewohnt, die nicht zuletzt eine ständige Aktualisierung des Geschäftsmodells oder der Positionierung in der Weltwirtschaft nötig macht. Jenseits struktureller Voraussetzungen ist es dabei immer wieder auch das persönliche Moment, das über Gelingen oder Scheitern solcher Anpassungsstrategien entscheidet.

Konferenzübersicht:

Volkhard Huth (Bensheim): Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema

Rainer Liedtke (Regensburg): Ein genialer Coup? Waterloo 1815 und das Fundament des Rothschild-Mythos

Matthias Donath (Görlitz): Soll und Haben. Finanzstrategien einer Adelsfamilie im 19. Jahrhundert am Beispiel von Zech-Burkersroda

Heinrich Lang (Bamberg): „We say that

Greece [...] is not bankrupt.“ Financiers, Staatsanleihen und Finanzpolitik Griechenlands nach der Unabhängigkeit (1828-1843)

Korinna Schönhärl (Duisburg-Essen): Financiers in Sehnsuchtsräumen. Europäische Banken und Griechenland im 19. Jahrhundert

Hans-Heinrich Nolte (Hannover): Korrespondenzen ausländischer Unternehmer über Russlands Wirtschaft, 1880-1912. Brüder Nobel, Adolf Rothstein und Hermann Spitzer (Internationale Handelsbank St. Petersburg), Rudolf Diesel

Georg Eckert (Wuppertal): Schulden im Wandel. Von der moralischen Wertung zum ökonomischen Kalkül

Verena von Wiczlinski (Mainz): „...nur unsere brilliantesten Erwartungen brachten uns dazu, die moralische Verantwortung zu riskieren.“ Das Frankfurter Bankhaus Gebr. Bethmann im internationalen Staatsanleihegeschäft vor dem Ersten Weltkrieg

Laura Herr (Heidelberg): Financiers als „Krisenmanager“. Banken und Politik in der Weimarer Republik

Jürgen Kilian (Köln): Das Reichsfinanzministerium und die monetäre Ausbeutung Europas 1939-1945

Dirk Götschmann (Würzburg): Verfassungsauftrag, politische Zielsetzung und Realität. Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung Bayerns in der Nachkriegszeit

Günther Schulz (Bonn): Sparkassen und Staat. Geschichte einer schwierigen Beziehung

Doris Fischer (Würzburg): Nach Finanzkrise und Führungswechsel. Chinas Finanzpolitik im Umbruch

Tagungsbericht *Bensheimer Gespräche: Financiers und Staatsfinanzen (Teil 2)*. 09.04.2015–11.04.2015, Bensheim-Auerbach, in: H-Soz-Kult 02.06.2015.